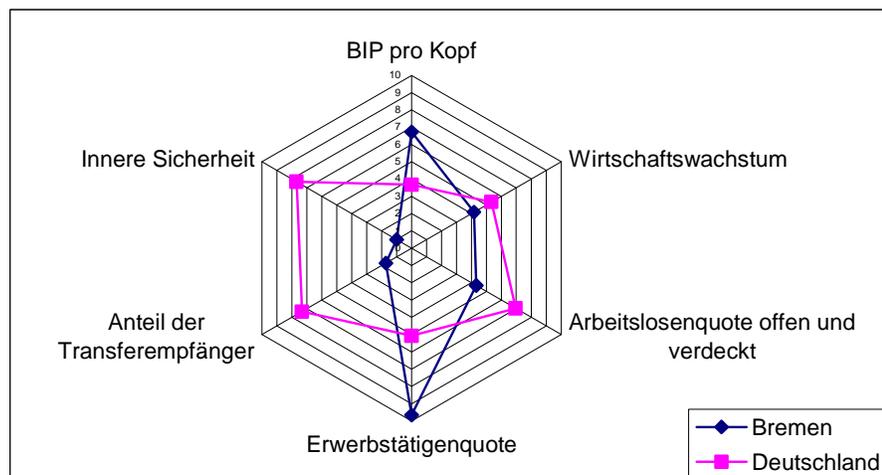


# Bremen

## Kurzportrait

<b>Größe</b>	404 km <sup>2</sup>	<b>Landesregierung</b>	1987-1991: SPD 1991-1995: SPD/ FDP/ Die Grünen 1995-2007: SPD/CDU 2007-2011: SPD/ Die Grünen
--------------	---------------------	------------------------	---

	1998	2001	2004	2006
Einwohner in Mio.	0,674	0,660	0,663	0,663
Einwohnerdichte je km <sup>2</sup>	1 668	1 634	1 641	1642
Registrierte Arbeitslosigkeit in %	16,6	13,6	14,4	16,3
Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in %	18,9	15,6	15,7	17,3
BIP-pro-Kopf in €	32 000	33 900	36 400	38 100
Wirtschaftswachstum in %	3,2	1,0	0,4	2,2



## Ausgangssituation

[Dramatische Schuldenlast]

### „Was Bremen von Werder lernen kann“

Nicht nur die sportliche, auch die finanzielle Entwicklung des Fußballclubs ist bemerkenswert. Im Gegensatz zu manch anderen Konkurrenten hat sich der Verein nicht dazu hinreisen lassen, über die eigenen Verhältnisse zu leben und sportliche Erfolge durch Schulden zu finanzieren. Doch was für Werder gilt, davon ist das Land Bremen weit entfernt. Der Stadtstaat ist seit Jahren das finanzpolitische Sorgenkind Deutschlands. Mit 17.200 Euro weist die Hansestadt

im aktuellen Beobachtungszeitraum mit deutlichem Abstand die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer auf. Zum Vergleich: Bayern als bestes Bundesland kommt auf ein Zehntel des Bremer Wertes. Die hohe Verschuldung ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass Bremen zwischen 1994 und 2004 ca. 8,5 Mrd. Euro an Entschuldungshilfen erhielt. Doch statt das Geld für den Schuldenabbau zu nutzen, stiegen die Verbindlichkeiten im selben Zeitraum um knapp 4.400 Euro je Einwohner an.

## **Einkommen**

### **[Gute Einkommenssituation bei schlechter Wachstumsperformanz]**

Im Zielgrößenbereich „Einkommen“ gehört Bremen zu den erfolgreichen Ländern. Ursächlich hierfür ist das für Stadtstaaten charakteristische hohe BIP pro Kopf. Mit 37.200 Euro liegt Bremen im aktuellen Beobachtungszeitraum vor allen Flächenländern hinter Hamburg auf Rang zwei. Der Abstand zur Elbmetropole ist mit mehr als 10.000 Euro je Einwohner jedoch beträchtlich. Vom einkommensstärksten Flächenland Hessen trennen Bremen hingegen nur 4.000 Euro. Bei der zweiten Zielgröße im Bereich „Einkommen“, dem Wirtschaftswachstum, erreicht die Hansestadt mit einer Rate von 1,1 Prozent nur Rang 13. Lediglich Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin wuchsen langsamer. Bremen weist damit bereits im vierten Jahr in Folge ein unterdurchschnittliches Wachstum auf. Hamburg ist auch hier erfolgreicher. So liegt das Wachstum in der Elbmetropole im aktuellen Beobachtungszeitraum mit durchschnittlich 1,8 Prozent über dem bundesdeutschen Schnitt. Ein Blick auf den Aktivitätsbereich „Einkommen“ zeigt, dass die geringe wirtschaftliche Dynamik Bremens nicht zufällig zustande kommt. So befindet sich das Land wie alle anderen westdeutschen Bundesländer in diesem Aktivitätsbereich zwar noch im grünen Bereich, es ist jedoch knapp davor, in den gelben Bereich abzurutschen.

### **[Fehlinvestitionen als Ursache für hohe Verschuldung]**

Ein Grund für diese Entwicklung ist die dramatische Schuldenlast des Landes und die damit verbundenen Zinszahlungen. So muss Bremen 736 Euro pro Kopf für den Schuldendienst aufwenden. In Bayern sind es hingegen nur 83 Euro. Umso überraschender ist es, dass die Investitionsausgaben des Stadtstaates mit 1.200 Euro je Einwohner den bayerischen Wert um fast das Doppelte übersteigen. Der Bremer Wert überschreitet damit sogar den der meisten ostdeutschen Bundesländer, die aufgrund der Solidarpaktmittel deutlich mehr Geld zur Verfügung haben. Der Beschluss des Senates, die Investitionen bis 2009 auf das Niveau Hamburgs zu begrenzen, ist nicht nur aufgrund der starken Verschuldung sinnvoll, sondern auch aufgrund der zahlreichen Fehlinvestitionen der Vergangenheit. Hinzu kommt, dass im gegenwärtigen föderalen System zusätzliche Steuereinnahmen aufgrund einer prosperierenden wirtschaftlichen Entwicklung, durch den Länderfinanzausgleich weitestgehend abgeschöpft

werden, so dass investitionsbedingt höhere Steuereinnahmen nach erfolgtem Länderfinanzausgleich kaum noch im Landeshaushalt verbleiben.

#### [Kurswechsel in Richtung einnahmenorientierter Ausgabenpolitik]

Die beste Möglichkeit für eine solide Finanzpolitik besteht somit in einer konsequenten Ausgabenreduzierung. Dies gilt auch deshalb, weil die Chancen Bremens auf weitere Entschuldungshilfen des Bundes, seit dem Berlin-Urteil des Bundesverfassungsgerichts deutlich gesunken sind. Hinzu kommt, dass das Gericht Sanierungszuweisungen ausdrücklich als Fremdkörper im Finanzausgleichssystem bezeichnet. Die gegenwärtigen Sparanstrengungen der Hansestadt verfolgen jedoch offenbar nur in zweiter Linie das Ziel einer Haushaltskonsolidierung. Vielmehr möchte das Land vor Gericht darlegen können, dass kein weiteres Einsparpotential besteht. So hat der neue Senat als eine der ersten Amtshandlungen eine Haushaltssperre verhängt. Die aktuellen Planungen des Landes sehen darüber hinaus vor, bis 2009 einen ausgeglichenen Primärhaushalt – d.h. einen ausgeglichenen Haushalt, wenn man von Zinszahlungen absieht – vorzulegen. Davon ist das Land noch weit entfernt. Im Jahr 2005 wurde die Kreditobergrenze für Land und Stadtgemeinde Bremen um rund 429,8 Millionen Euro überschritten. So wurden bei einigen Baumaßnahmen des Landes keine Wirtschaftlichkeitsprüfungen durchgeführt oder Auflagen nicht eingehalten. Als Beispiel wird die Landesvertretung Bremens in der Bundeshauptstadt angeführt. Aufgrund der niedrigen Auslastung und hoher Mieten kostet jede Übernachtung im dortigen Gästehaus den Bremer Steuerzahler 247 Euro. Deutliches Sparpotential bietet auch die nach wie vor die üppige öffentliche Beschäftigung. Da diese auch auf die Arbeitslosenquote eines Bundeslandes wirkt, wird das Problem im Kapitel Beschäftigung thematisiert.

#### [Fehlendes ökonomisches und demografisches Wachstum]

Neben den Einsparungen ist Bremen auf Wachstumsimpulse angewiesen. Hierbei handelt es sich nicht nur um wirtschaftliches Wachstum, sondern auch um ein Wachstum der Bevölkerung. Zurückzuführen ist dies auf den Länderfinanzausgleich, der im Wesentlichen einwohnerbasiert erfolgt. Auch die Elbmetropole hat das Problem, dass insbesondere Familien den Speckgürtel als Wohnort bevorzugen. Neben den finanziellen Zuweisungen ist dies auch deshalb problematisch, da Familien für die Sozialstruktur der Kernstadt förderlich sind. In einem Bereich ist Bremen bereits jedoch erfolgreicher als alle anderen Länder.

Kein anderes Bundesland kann bezogen auf die Einwohnerzahl so viele junge Menschen zu einem Studienbeginn ins Land locken. Beim Wirkungsfaktor „Studienanfängerquote“ erhält der Stadtstaat wie auch in der Vorgängerperiode die Höchstpunktzahl.

#### [Vorbildliche Hochschulbildung]

Dass die Universität Bremen ihren Ruf als linke Kaderschmiede längst hinter sich gelassen hat, ist nicht erst seit der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder bekannt. Dort reichte es zwar nicht ganz zur Elite-Hochschule, doch die Bremer Universität schaffte als einzige Norddeutsche Hochschule den Sprung unter die letzten zehn. Dabei hat sie sich gegen namhafte Konkurrenten wie die Humboldt-Universität in Berlin oder die Universität Göttingen durchgesetzt. Ein Schwerpunkt der Universität Bremen ist die Marine Forschung, wie das Zentrum für Marine Umweltwissenschaften, das DFG Forschungszentrum "Ozeanränder", das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung sowie das Max-Planck-Institut für Marine Mikrobiologie und nicht zuletzt das Zentrum für Marine Tropenökologie. Auch in anderen Bereichen plant Bremen die Bildung forschungsintensiver Cluster. So will das Zwei-Städte-Land bis 2010 zu den Top-10 Technologieregionen Deutschlands gehören. Als Grundlage dient das Programm „InnoVision 2010“.

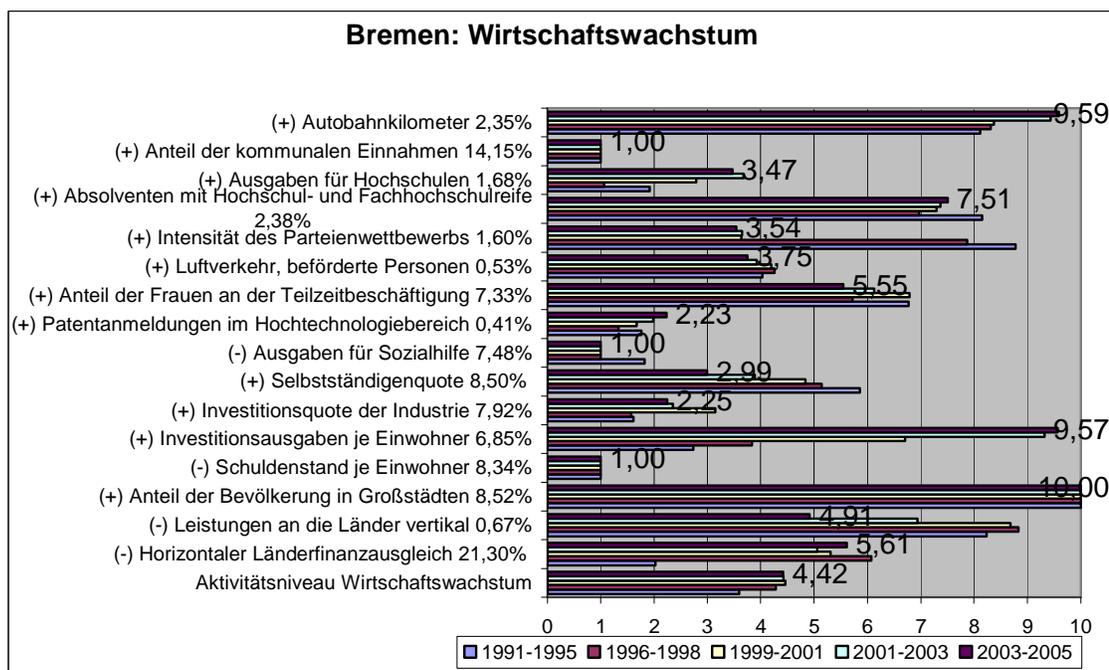
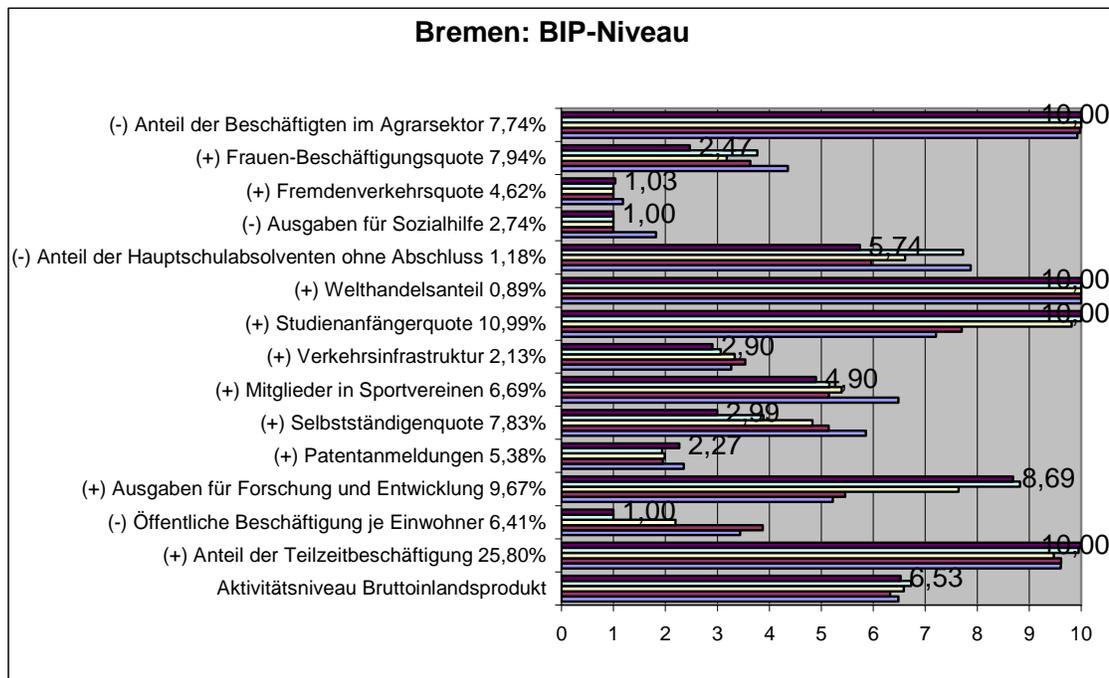
#### [Innovative Forschung fördert Wachstumsbranchen und Selbständigkeit]

Nach dem Motto „Stärken stärken“ fördert Bremen die Bereiche, in denen es bereits gute Kapazitäten oder spezielle Entwicklungspotenziale aufweist. Hierzu zählen Logistik und Verkehr, Informationstechnik und Design, Gesundheits- und Umweltwirtschaft, Biotechnologie und Ernährungswirtschaft sowie die Luft- und Raumfahrttechnik. Dass dieses Vorgehen erfolgreich ist, zeigt ein Blick auf den Wirkungsfaktor „Patentanmeldungen im Hochtechnologiebereich“. In diesem Bereich verbessert sich das Land bereits zum dritten Mal in Folge. Mit 2,23 Punkten liegt es jedoch weit unterhalb des Durchschnitts von 4,78 Punkten. Damit diese Patente auch in marktverwertbare Produkte umgesetzt werden, benötigt das Land erfolgreiches unternehmerisches Engagement. Ein Blick auf den Wirkungsfaktor „Selbstständigenquote“ zeigt deutlich, dass die Hansestadt in diesem Bereich Verbesserungspotenzial aufweist. Mit 2,99 Punkten verschlechtert sich die Rate im aktuellen Beobachtungszeitraum merklich und belegt nur Rang

zwölf. Zum Vergleich: Die beiden anderen Stadtstaaten Berlin und Hamburg belegen mit 10,00 bzw. 8,01 Punkten die beiden ersten Plätze.

**[Ausbau der Verkehrsinfrastruktur notwendig]**

Um unternehmerisches Engagement zu fördern, sollte das Land seine Verkehrsinfrastruktur verbessern, denn beim entsprechenden Wirkungsfaktor erhält Bremen nur unterdurchschnittliche 2,90 Punkte. Positiv wird sich in diesem Zusammenhang die Finanzspritze des Bundes auswirken. Denn die Bundesregierung will bis 2010 rund zwei Milliarden Euro in die Verkehrsinfrastruktur von Bremen und Niedersachsen investieren. Ziel ist es insbesondere, die Seehafenhinterlandanbindungen zu erweitern. Denn aufgrund des anhaltenden Booms in den norddeutschen Häfen sind bereits heute Kapazitätsengpässe beim landseitigen Weitertransport zu erkennen. Die Problematik wird sich noch verstärken, wenn der Jade-Weser-Port im Jahr 2010 seinen Betrieb aufnimmt. Der östlichste Tiefwasserhafen der so genannten Nordrange – das sind die Seehäfen von Le Havre bis Hamburg – ist ein Gemeinschaftsprojekt zwischen Bremen und Niedersachsen. Zu den Infrastrukturprogrammen der Bundesregierung zählen u.a. der Bau der Y-Trasse für die Bahn zwischen Hannover, Bremen und Hamburg, der sechsspürige Ausbau der Autobahn 1 Bremen-Hamburg sowie die Fahrwasser-Vertiefung von Elbe und Außenweser. In Bremen steht der Ausbau der A 281 im Mittelpunkt des Investitionsplans. Die bessere Anbindung der Seehäfen wird Bremen nicht nur als Logistik-Standort noch attraktiver machen. Auch die sehr gute Einbindung der Bremer Wirtschaft in den Welthandel wird von dieser Entwicklung profitieren. Beim Wirkungsfaktor „Welthandelsanteil“ zeigt sich, dass die Tradition als Kaufmannsrepublik noch am Leben ist. Denn mit 10,00 Punkten erreicht die Hansestadt nun zum fünften Mal in Folge den besten Wert aller Bundesländer. Deutliches Verbesserungspotenzial dagegen bietet der Tourismus: Beim Wirkungsfaktor „Fremdenverkehrsquote“ erreicht das Land nur 1,03 Punkte. Dies ist der zweitniedrigste Wert aller Bundesländer.



## Beschäftigung

[Hohe Diskrepanz zwischen den beiden Zielgrößenbereichen]

Im Zielgrößenbereich „Beschäftigung“ befindet sich Bremen deutlich im grünen Bereich. Zurückzuführen ist dies auf die hohe Erwerbstätigkeit. Gut 86

Beschäftigte kommen auf 100 Einwohner. Im Bundesländervergleich liegt Bremen damit nach Hamburg auf dem zweiten Platz. Verglichen mit Hamburg ist die Unterbeschäftigung an der Weser jedoch deutlich höher. Mit einer offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit von 17,5 Prozent weist Bremen mit weitem Abstand den höchsten Wert aller westdeutschen Bundesländer auf. Die Hansestadt liegt damit nur noch knapp vor dem besten ostdeutschen Bundesland Thüringen. Auch die Aktivitäten der Bremer Regierung zur Förderung der Beschäftigungssituation weisen deutliches Verbesserungspotenzial auf, denn als einziges westdeutsches Bundesland droht es in den roten Bereich abzurutschen.

#### [Unbewältigter Strukturwandel bewirkt hohe Arbeitslosigkeit]

Die Bremer Wirtschaft ist seit mehr als einem Jahrtausend von Schifffahrt und Handel geprägt. Im 19. Jahrhundert siedelten sich erste Industrieunternehmen an. Bereits 1906 entstand das erste Automobilwerk. Seit einiger Zeit ist das Land jedoch stark vom Strukturwandel betroffen. So gingen zahlreiche Arbeitsplätze verloren, als in den 1980er und 1990er Jahren die Werften des Bundeslandes trotz hoher Subventionen nicht mehr rentabel waren. In den kommenden Jahren erhält das Zwei-Städte Land von der Europäischen Union 142 Millionen Euro zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur. Diese Strukturfondsmittel werden durch Landesgelder und private Zuschüsse aufgestockt, so dass insgesamt 322 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Ziel der europäischen Transfers ist es, den Strukturwandel hin zu einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft der Bremer Wirtschaft zu beschleunigen.

#### [Starke industrielle Basis...]

Noch ist das verarbeitende Gewerbe der wichtigste Arbeitgeber in der Hansestadt. Allein beim DaimlerChrysler AG Werk arbeiten über 16.000 Menschen. Das Werk produziert mehr als 250.000 Fahrzeuge pro Jahr und ist damit die zweitgrößte Niederlassung des Konzerns in Europa. Weitere wichtige Industriezweige sind die Luft- und Raumfahrtindustrie, die Elektrotechnik sowie die Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Der starke industrielle Kern Bremens zeigt sich auch beim Wirkungsfaktor „Anteil der Beschäftigten im sekundären Sektor“. Hier erreicht Bremen 4,68 Punkte. Damit liegt es deutlich vor den anderen beiden Stadtstaaten und kann mit Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sogar zwei Flächenländer hinter sich lassen.

#### [...durch sinkende Investitionsquote gefährdet]

Betrachtet man jedoch die Investitionsbereitschaft der Bremer Industrieunternehmen, so zeigt sich, dass die Hansestadt deutliches Verbesserungspotenzial aufweist. Denn beim Wirkungsfaktor „Investitionsquote der Industrie“ verschlechtert sich das Land abermals auf nunmehr 2,25 Punkte. Es liegt damit auf dem vorletzten Platz aller Bundesländer. Nach der Industrie sind die Unternehmensdienstleistungen der wichtigste Wirtschaftszweig Bremens. Dieser umfasst neben einer Reihe einfacher Tätigkeiten vor allem Beratungs-, Ingenieurs- und Entwicklungsdienstleistungen. Im vergangenen Jahr wies dieser Wirtschaftszweig die dynamischste Entwicklung auf.

#### [Verbesserungspotential bei der Ausbildungssituation]

Die für einen Stadtstaat starke industrielle Basis ist ein Grund, weshalb das Land Bremen trotz hoher Arbeitslosigkeit verhältnismäßig viele Ausbildungsplätze anbietet. Im aktuellen Beobachtungszeitraum bewarben sich 100 Ausbildungssuchende auf 96 Ausbildungsplätze. Bremen liegt damit im deutschen Durchschnitt. Die Ausbildungsstellenrelation hat sich in den vergangenen Beobachtungszeiträumen jedoch deutlich verschlechtert. Im ersten Beobachtungszeitraum (1991-1995) kamen noch 103 Ausbildungssuchende auf 100 Plätze. Um diesen Trend entgegenzuwirken, hat das Land ergänzend zu den vorhandenen Ausbildungs-Initiativen eine Millionen Euro für die Schaffung neuer Ausbildungsplätze bereitgestellt. Zielgruppe der zusätzlichen Mittel sind Absolventen mit Hauptschulabschluss, da diese Gruppe bundesweit die geringsten Chancen auf einen Ausbildungsplatz hat. So finden in Bremen lediglich 15 Prozent dieser Jugendlichen eine entsprechende Stelle. Eine weitere Möglichkeit, die Ausbildungsstellenrelation zu verbessern, bietet die schulische Bildung. Fehlen Schulabgängern jedoch grundlegende Fähigkeiten, lohnt sich eine Ausbildung aus Unternehmenssicht häufig nicht. Dass hier dringender Handlungsbedarf besteht, ist spätestens seit der Pisa-Studie bekannt, bei der das Land im Test der 15-jährigen Schüler den schlechtesten Wert aller Bundesländer erreicht. Im europäischen Vergleich bekam lediglich Griechenland noch weniger Punkte als Bremen. Bayern als bestes deutsches Bundesland landete hingegen hinter Finnland auf Rang zwei. Erfreulich hoch ist hingegen der Anteil der Absolventen mit Hoch- und Fachhochschulreife. Bei diesem Wirkungsfaktor erhält das Land überdurchschnittliche 7,51 Punkte

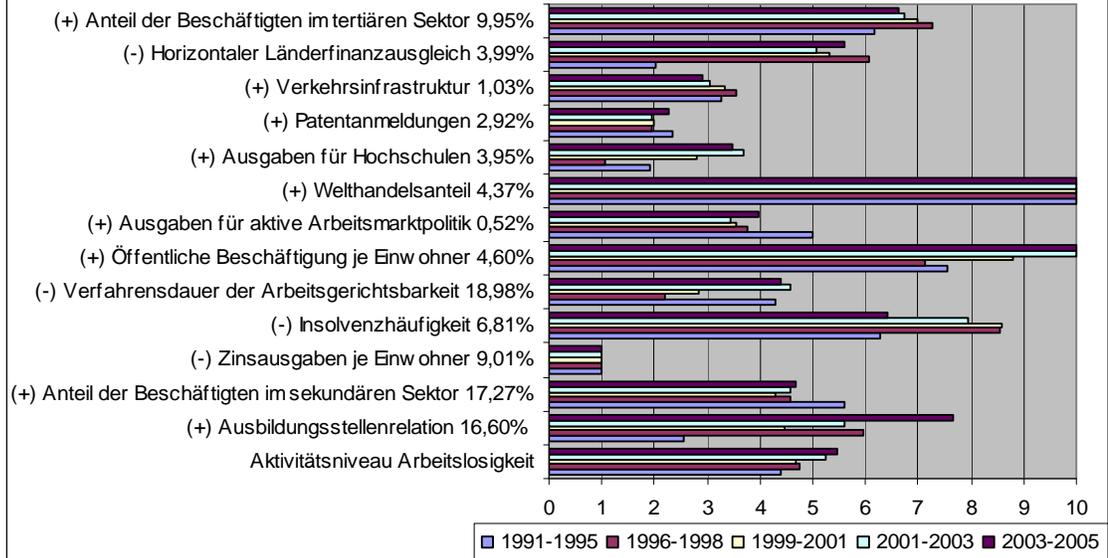
#### [Hohe öffentliche Personalkosten]

Nach wie vor spielt auch die öffentliche Beschäftigung in Bremen eine überdimensionierte Rolle. Mit 50 öffentlich Beschäftigten je 1.000 Einwohner liegt Bremen weit über den anderen Bundesländern. Zum Vergleich: In Hamburg liegt dieser Wert bei 40. Bei der öffentlichen Beschäftigung handelt es sich um ein zweischneidiges Schwert. So senkt eine hohe Quote die Arbeitslosigkeit, die ökonometrischen Schätzungen zeigen jedoch auch eine negative Wirkung auf die Zielgrößen „BIP pro Kopf“ und „Pro-Kopf-Verschuldung. Um die Arbeitslosigkeit ursachenadäquat zu bekämpfen, sollte das Land vielmehr die Verfahrensdauer der Arbeitsgerichtsbarkeit reduzieren. Denn eine lange Verfahrensdauer erhöht den impliziten Kündigungsschutz und hindert Unternehmen daran, flexibel auf konjunkturelle Schwankungen zu reagieren. Somit verschlechtert sich mit zunehmender Verfahrensdauer die Beschäftigungssituation signifikant. Beim entsprechenden Wirkungsfaktor fällt Bremen im aktuellen Beobachtungszeitraum auf unterdurchschnittliche 4,40 Punkte zurück. Vor diesem Hintergrund besteht deutliches Verbesserungspotenzial.

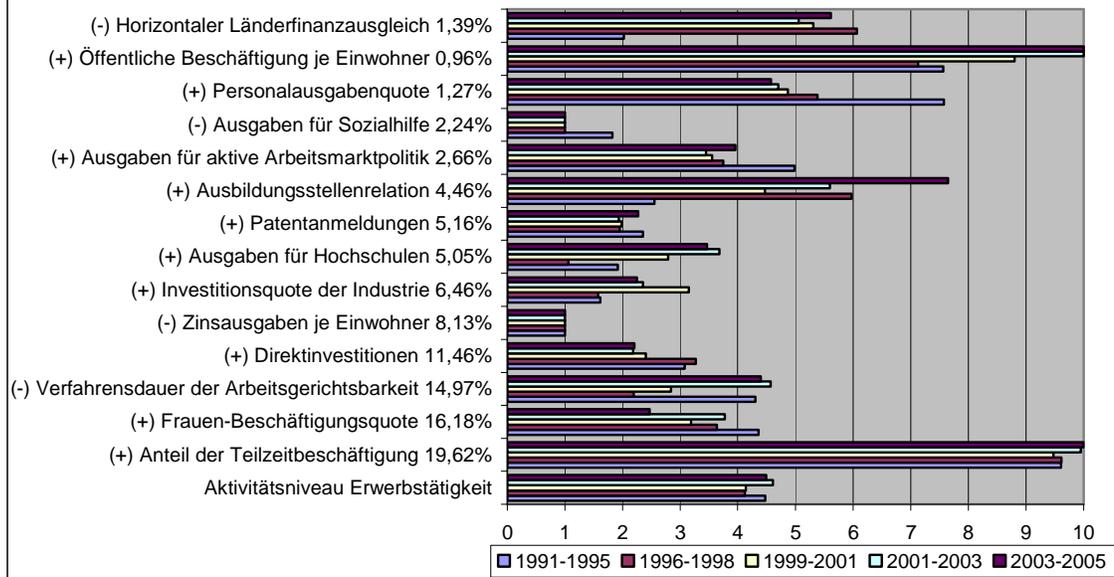
#### [Unterdurchschnittliche Arbeitsmarktlage]

Diese Argumentation gilt auch bei den Ausgaben für Transferempfänger. So weist der Landesrechnungshof darauf hin, dass jährlich mehrere Millionen Euro eingespart werden können, wenn sich das Land an die Hartz IV-Gesetze halten würde. Die Stadt an der Weser habe im Jahr 2005 allein 2,5 Millionen Euro zu viel für Heizkosten und durch Doppelzahlungen für Warmwasser ausgegeben. Betrachtet man zudem die angespannte Arbeitsmarktsituation, erklärt sich, warum Bremen im aktuellen Beobachtungszeitraum je Einwohner zum dritten Mal in Folge nur die Minimalpunktzahl erreicht. Immerhin hat das Land seit 2007 die Gemeinden an den ALG-II-Kosten beteiligt.

### Bremen: Arbeitslosigkeit



### Bremen: Erwerbstätigkeit



### Sicherheit

[Angespannte innere und soziale Sicherheitslage]

Im Zielgrößenbereich „Sicherheit“ befindet sich Bremen zusammen mit den anderen beiden Stadtstaaten im roten Bereich. Das schlechte Ergebnis dieser drei Länder ist im Wesentlichen auf die erhöhte Kriminalität in Ballungszentren

zurückzuführen. So zeigen die ökonometrischen Berechnungen, dass in ländlichen Siedlungsstrukturen die Sicherheitslage stabiler und in Großstädten angespannter ist. Betrachtet man die beiden Zielgrößen des Bereichs „Sicherheit“ getrennt, schlägt sich auch hier die schlechte Arbeitsmarktlage in Bremen nieder. So sind in von 1.000 Einwohnern 136 auf Transfers angewiesen. Nur Berlin weist eine noch ungünstigere Quote auf. Bei der inneren Sicherheit liegt Bremen sogar auf dem letzten Platz aller Bundesländer. Mit 8,3 nicht aufgeklärten Straftaten je 100 Einwohner verschlechtert sich das Land zum wiederholten Mal. Dies ist umso bemerkenswerter, als sich im gleichen Zeitraum in den beiden anderen Stadtstaaten die Sicherheitslage entspannt hat. So ist an Elbe und Spree im Vergleich zum vorherigen Beobachtungszeitraum ein Rückgang der nicht aufgeklärten Straftaten um ca. 10 bzw. 4,5 Prozent zu beobachten. Die deutliche Verbesserung Hamburgs ist kein Zufall, denn die Elbmetropole befindet sich im Aktivitätsbereich „Sicherheit“ als einziger der drei Stadtstaaten im gelben Bereich, während Bremen und Berlin deutlich im roten Bereich liegen.

#### [Ausbildungs- und Einkommensverhältnisse als Ursachenfaktor]

Die Sicherheitslage eines Bundeslandes wird u.a. von den Einkommensperspektiven der Bevölkerung beeinflusst. Der Erwerb zumindest eines Hauptschulabschluss ist dabei ein entscheidendes Kriterium. In diesem Zusammenhang besteht deutliches Verbesserungspotenzial, denn beim Wirkungsfaktor „Anteil der Hauptschulabsolventen ohne Abschluss“ verschlechtert sich Bremen im aktuellen Beobachtungszeitraum merklich und erreicht nur unterdurchschnittliche 5,74 Punkte. Damit liegt die Hansestadt jedoch vor den anderen beiden Stadtstaaten. Der aktuelle Vorschlag, dass Sitzenbleiben an Bremer Schulen abzuschaffen, kann nicht zielführend eingeschätzt werden. Geeigneter ist eine aktuelle Evaluierung der einzelnen Schulen durch unabhängige Gutachter. Diese könnte die Transparenz erhöhen und somit für mehr Effizienz auf Lehrerseite beitragen. Eine weitere (ergänzende) Möglichkeit, die Lernerfolge der Schüler zu verbessern, besteht in einer Erhöhung der Betreuungsintensität. Zwar schneidet Bremen beim Wirkungsfaktor „Erteilte Unterrichtsstunden je Schüler“ mit 4,57 Punkten leicht überdurchschnittlich ab. Das Zwei-Städte-Land verschlechtert sich bei diesem Wirkungsfaktor jedoch bereits zum vierten Mal in Folge, nachdem es bis zum Jahr 1994 noch an der Spitze aller Bundesländer gelegen hatte.

### [Leichte Verbesserung soziale Lage]

Die ökonomischen Schätzungen dokumentieren, dass Ehescheidungen den wichtigsten Armutsfaktor darstellen. Im aktuellen Beobachtungszeitraum verbessert sich Bremen leicht auf 3,90 Punkte. Damit liegt es weiterhin vor den anderen beiden Stadtstaaten auf dem drittletzten Platz aller Bundesländer. Das zweitgrößte Armutsrisiko stellt nach unseren Berechnungen die Erziehung eines Kindes ohne Partner dar. Auch hier verbessert sich Bremen. Mit 6,09 Punkten ist der Punktwert jedoch leicht unterdurchschnittlich.

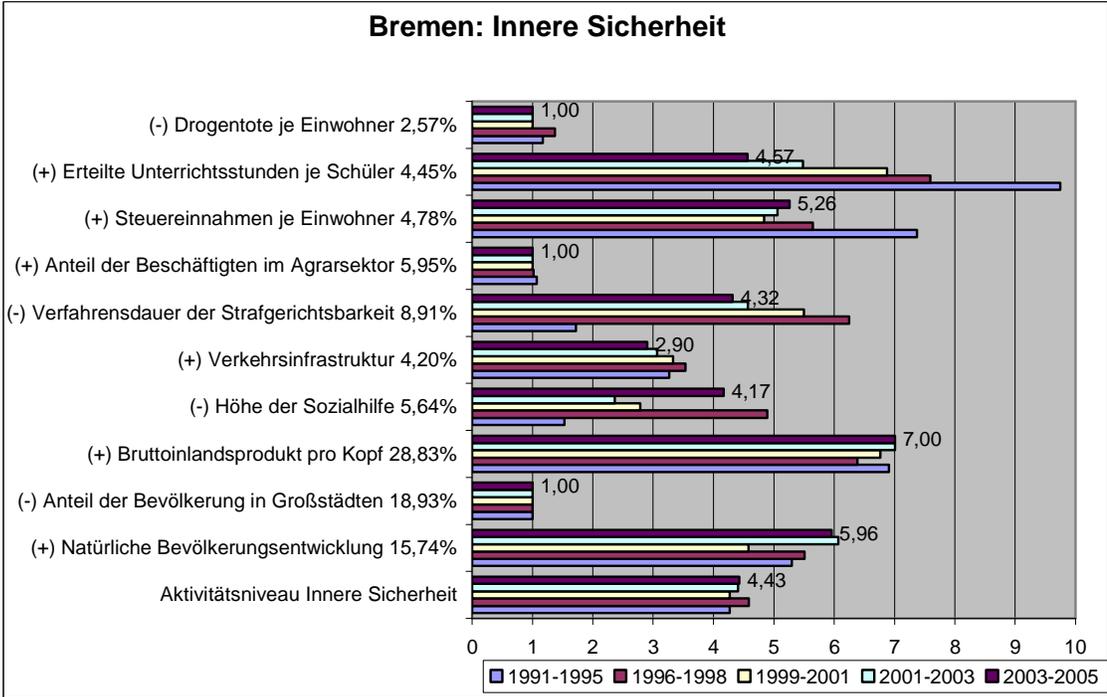
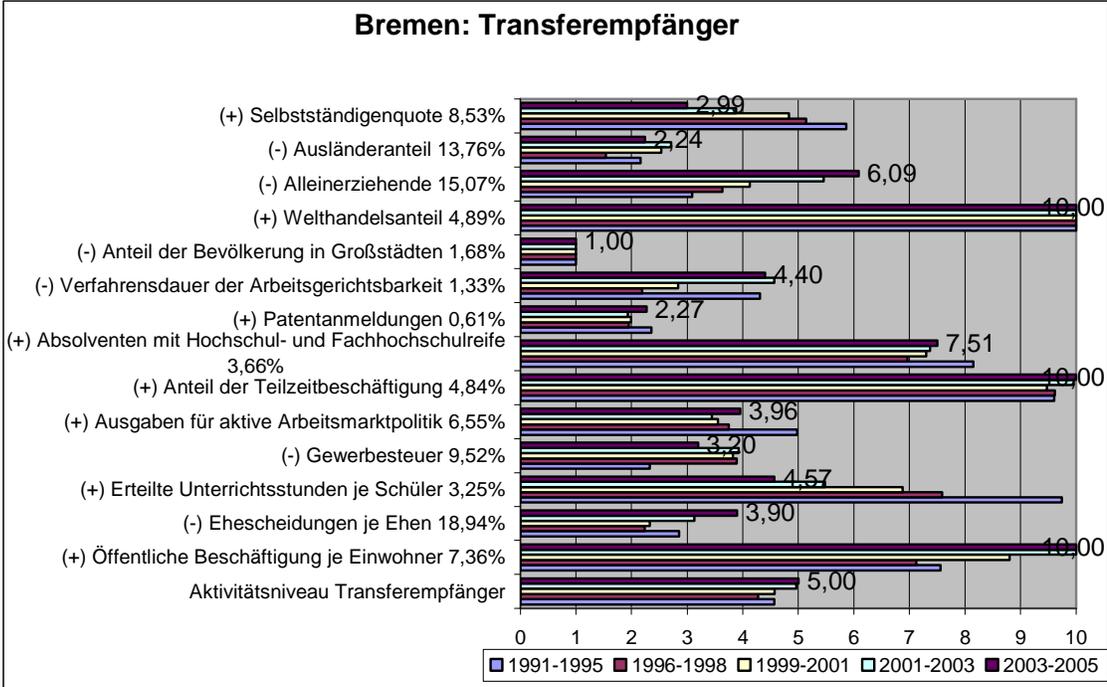
### [Problem der Kinderarmut bleibt weiterhin virulent]

Auch eine Untersuchung der UNICEF zur Kinderarmut in reichen Ländern beschreibt die soziale Problemlage Bremens. So ist die Säuglingssterblichkeit mit sechs Todesfällen auf 1.000 Geburten mit weitem Abstand die höchste in Deutschland. Auch im internationalen Vergleich der hoch entwickelten Volkswirtschaften steht das Land schlecht dar. Gleiches gilt für das Geburtsgewicht von Kindern. Dies ist ein wichtiger Indikator für den Gesundheitszustand der Mütter. Die Hansestadt liegt in diesem Bereich auf dem vorletzten Platz aller Bundesländer. Anhand der Ergebnisse der UNICEF-Untersuchung zeigt sich ebenfalls die desolate Arbeitsmarktsituation in der Hansestadt. So ist das Risiko, als Kind in einem Haushalt zu leben, in dem kein Elternteil einer Beschäftigung nachgeht, in Bremen das höchste in Deutschland. Entsprechend groß ist die Kinderarmut: Der Anteil der Familien mit Kindern unter 18 Jahren, die von einem Einkommen von bis zu 50 Prozent des Medianeinkommens leben und somit als arm gelten, ist der höchste aller westdeutschen Bundesländer.

### [Schlusslicht in der städtischen Drogenpolitik]

Auch im Bereich der inneren Sicherheit sollte Bremen seine Aktivitäten intensivieren. So weist die Hansestadt die größte Drogenproblematik aller Bundesländer auf. Mit 87,5 Drogentoten je eine Millionen Einwohner liegt Bremen mit deutlichem Abstand an der Spitze der Bundesländer. Der Bremer Wert übersteigt den Hamburger um mehr als das Doppelte. Die damit einhergehende Beschaffungskriminalität wirkt sich zusätzlich negativ auf die innere Sicherheit des Landes aus. Weiteres Verbesserungspotenzial weist die Verfahrensdauer der Strafgerichtsbarkeit auf. Ziehen sich Gerichtsverfahren zu lange hin, fällt die abschreckende Wirkung des Urteils deutlich schwächer aus. Im

Durchschnitt vergehen in Bremen ab Verfahrensbeginn 4,1 Monate bis ein Urteil gesprochen wird. Das Land liegt damit leicht über dem Bundesdurchschnitt. Zum Vergleich: In Bayern ist ein Fall durchschnittlich nach 2,9 Monaten abgeschlossen.



## **Einschätzung**

### **[Katastrophale Haushaltslage belastet zukünftige Generationen]**

Das Beispiel Bremen zeigt, dass durch Subventionen und andere marktverzerrende Staatseingriffe keine Probleme gelöst werden. Stattdessen entstehen durch die hohe Zinsbelastung zusätzliche Verbindlichkeiten. Die Kosten für dieses intergenerativ unfaire Verhalten muss in Bremen die aktuell erwerbstätige Generation tragen. Die Erwerbstätigen haben große Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden, da der Strukturwandel zu lange herausgezögert wurde. Gleichzeitig fehlen finanzielle Mittel, die sozialen Folgen abzufedern, denn parallel zur Arbeitsmarktlage verschlechtert sich die soziale Situation im Land. Die einkommensstarken Gruppen ziehen in andere Bundesländer, zurück bleiben die Armen und Alten.

### **[Sparkurs dringend erforderlich]**

Betrachtet man die gegenwärtige Finanzpolitik des Landes, gewinnt man den Eindruck, dass Bremen die innere Kündigung bereits vollzogen hat. Statt eines Sparkonzeptes, welches das Zwei-Städte-Land zurück zur Eigenständigkeit führt, werden die Schulden in der Hoffnung auf neue Hilfen des Bundes verwaltet. Ein Blick nach Berlin zeigt jedoch, dass dafür erst eine Ablehnung durch das Bundesverfassungsgericht notwendig ist.

